

Vorschlag Bericht des Vorstandes zur Mitgliederversammlung am 10.04.2026

Bauernverband Mecklenburg Strelitz e. V.

Sehr geehrte Mitglieder,

sehr geehrte Gäste, (Dr. Wagner, Gemballa, Pütz (StALU))

unsere Landwirtschaft steht weiter unter Druck, politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Der Druck kommt von vielen Seiten: aus Brüssel, aus Berlin, aus Schwerin und inzwischen auch ganz massiv aus der weltpolitischen Lage. Ich will heute nicht alles aus dem vergangenen Jahr wiederholen. Mir geht es um die Themen, die für unsere Betriebe hier in der Region in den nächsten Jahren entscheidend sein werden.

Dazu gehören das Landeswassergesetz, die Düngeverordnung und die roten Gebiete, die europäische Wiederherstellungsverordnung, die künftige Ausrichtung der GAP ab 2028, der Umgang mit Wolf und Biber sowie die Folgen der aktuellen Kriege und Krisen für Märkte, Preise, Energie und Diesel.

Ich sage es ganz offen: Wenn es so weitergeht wie bisher, ohne Korrekturen und ohne echte Beteiligung der Landwirtschaft, dann werden weitere Betriebe in unserer Region aufgeben. Besonders betroffen sind mittlere und größere Familienbetriebe. Und genau deshalb bringen wir uns als Verband ein: in Schwerin, in Berlin und über unsere Dachverbände auch in Brüssel. Vor allem Karsten Trunk und Marco Gemballa arbeiten über den Deutschen Bauernverband auch auf europäischer Ebene intensiv an diesen Themen mit.

Die internationale Lage bleibt angespannt. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine, der Krieg im Nahen Osten und weitere Konflikte sorgen auf vielen Märkten für große Unsicherheit. Das merken wir bei Getreide, Dünger, Energie und Transportkosten unmittelbar. Jeder Angriff auf Häfen, Lager oder Transportwege hat Auswirkungen auf die Börsen und damit auch auf unsere Vermarktung.

Beim Getreide erleben wir starke Schwankungen. Kurzfristig gibt es manchmal minimale Ausschläge nach oben, insgesamt bleiben die Preise wegen weltweit guter Ernten aber gedrückt. Auch bei Kartoffeln ist die Lage schwierig. Die Anbaufläche wurde in unserer Region zwar erhöht, aber die Preise sind im Keller. Das macht die Vermarktung nicht leichter.

Dazu kommt der Dieselpreis. Viele Betriebe zahlen heute deutlich mehr als noch vor wenigen Wochen. Nach den Diskussionen um die Agrardieselvegünstigung ist klar: Diesel bleibt ein zentraler Kostenfaktor. Und bei unseren hochmechanisierten Verfahren ist bezahlbarer Diesel keine Nebensache, sondern eine Grundvoraussetzung für wirtschaftliches Arbeiten. Wenn Diesel teuer bleibt und gleichzeitig die Erzeugerpreise niedrig sind, dann wird die Luft im Ackerbau sehr dünn.

Genau das ist das Problem vieler Betriebe: Die Kosten für Energie, Dünger, Pflanzenschutz, Löhne und Technik bleiben hoch, während die Erlöse vielfach unter Druck stehen. Diese Schere zwischen Kosten und Erlösen geht immer weiter auseinander.

Hinzu kommen branchenspezifische Probleme. Im Schweinebereich fehlt uns inzwischen regionale Schlachtkapazität. Wenn Tiere bis nach Weißenfels transportiert werden müssen, kostet das zusätzlich Geld und schwächt unsere Wettbewerbsfähigkeit weiter. Auch bei der Milch bleibt die Lage angespannt. Und in der Tierhaltung kommen Tierseuchen als zusätzlicher Risikofaktor hinzu. Etwas bessere Entwicklungen gab es zuletzt noch in Teilbereichen bei Geflügel, Weißfleisch und Eiern.

Sorgen macht uns auch die Witterung. In vielen Bereichen ist in den letzten Monaten deutlich zu wenig Regen gefallen, teils nur rund 50 mm in drei Monaten. Gleichzeitig hatten wir früh hohe Waldbrandstufen. Die Bestände sind zwar bisher ordentlich durch den Winter gekommen, aber wir sehen auch in diesem Frühjahr wieder, wie schnell Wasser zum begrenzenden Faktor wird. In Teilen der Uckermark hat der Raps unter Nachtfrösten gelitten.

Ein großes Thema ist das Landeswassergesetz in Mecklenburg-Vorpommern. Seit Jahren erleben wir hier eine schleichende Verschärfung: Gewässerrandstreifen, Einschränkungen bei der Gewässerunterhaltung, Diskussionen über Drainagen und Wasserentnahme. Das bedeutet Flächenverlust, Bewirtschaftungseinschränkungen und höhere Kosten. Besonders problematisch ist, dass produktive Ackerflächen ohne ausreichende Entschädigung aus der Nutzung gedrängt werden. Gleichzeitig werden die Kosten der Wasser- und Bodenverbände über die Gemeinden an die Landwirte weitergereicht.

Auch das Wasserentnahmeentgelt ist für uns eine Fehlentwicklung. Wenn Beregnung immer teurer wird, ist das gerade in trockenen Jahren das falsche Signal. Eigentlich müsste es darum gehen, Wasser in der Fläche zu halten und gleichzeitig eine praxistaugliche Nutzung zu ermöglichen.

Ähnlich sieht es beim Moorschutz aus. Es wird über Wiedervernässung, nasserer Wirtschaften, Vorkaufsrechte und weitreichende Nutzungseinschränkungen gesprochen. Teilweise steht sogar im Raum, dass auf bestimmten Moorstandorten ab 2045 praktisch keine landwirtschaftliche Nutzung mehr möglich sein soll. Gleichzeitig sind Fragen zu Entschädigung, Eigentum, Haftung und Planungssicherheit vielfach ungeklärt.

Unsere Position ist dazu klar: Wir sind bereit, Verantwortung beim Wasser-, Moor- und Klimaschutz zu übernehmen. Aber nur mit uns und nicht gegen uns. Dauerhafte Nutzungsbeschränkungen und Flächenverluste müssen vollständig entschädigt werden. Und Maßnahmen müssen fachlich begründet, regional passend und mit den Bewirtschaftern vor Ort abgestimmt sein.

Ein weiterer Dauerbrenner ist die Düngeverordnung mit den roten Gebieten. Minister Backhaus hat die bisherige Landesregelung aufgehoben. Das war zunächst ein wichtiges Signal. Aber wir dürfen uns nichts vormachen: Das Thema ist damit nicht vom Tisch. Es werden neue Varianten und neue Regelungsansätze kommen.

Deshalb ist es für uns so wichtig, eigene belastbare Daten zu haben. Über Dr. Flach installieren wir zusätzliche Messstellen, um unser Gebiet besser eingrenzen und fachlich sauber bewerten zu können. Nur mit solchen Daten können wir gegenüber Schwerin belegen, wo Auflagen gerechtfertigt sind und wo eben nicht.

Denn das Grundproblem bleibt: Unsere Betriebe wirtschaften mit ihrer Flächen in roten Gebieten, mit allen Folgen wie N-Abschlägen, strengen Vorgaben, erheblichem Dokumentationsaufwand, Ertragsverlusten und höheren Kosten. Und oft passen die Messstellendaten nicht sauber zur tatsächlichen Situation in den Regionen.

Deshalb fordern wir kleinere, fachlich saubere Messstellenkulissen und eine echte regionale Differenzierung. Betriebe mit nachweislich guter Bewirtschaftung müssen entlastet werden können. Gute Praxis darf nicht bestraft werden.

Ein weiteres Großthema ist die europäische Wiederherstellungsverordnung, also das Renaturierungsgesetz. Was auf dem Papier nach mehr Natur und mehr Artenvielfalt klingt, droht in der Praxis dazu zu führen, dass landwirtschaftliche Nutzflächen Stück für Stück aus der Produktion gedrängt werden. Besonders betroffen wären in unserer Region Moor- und Niederungsstandorte sowie Flächen entlang von Gewässern.

Auch hier sagen wir klar: Freiwilligkeit vor Zwang. Wenn Renaturierungsmaßnahmen kommen, dann nur über vertraglich gesicherte Vereinbarungen und mit verlässlicher Entschädigung. Und wir wollen, dass Landwirtschaft auf diesen Flächen weiter möglich bleibt, zum Beispiel über extensives Grünland oder angepasste Beweidung. Stilllegung allein ist keine Lösung.

Wenn wir nach vorn schauen, dann ist die GAP ab 2028 eines der entscheidenden Themen. Schon die jetzige GAP bringt viele Betriebe mit ihren Auflagen, GLÖZ-Standards, Eco-Schemes und der Bürokratie an ihre Grenzen. Wenn dieser Kurs weiter verschärft wird, wenn noch mehr Geld von der Fläche in komplizierte Programme verschoben wird und die Basisprämie weiter geschwächt wird, dann werden etliche Betriebe bei uns aufgeben müssen.

Deshalb sagen wir deutlich: Wir brauchen auch künftig eine verlässliche und auskömmliche Basisprämie als Einkommensgrundlage für aktive Landwirte. Zusätzliche Umweltprogramme kann es geben, aber sie müssen einfach, wirksam und wirtschaftlich tragbar sein. Und wir lehnen Kappung und Degression zulasten flächenstarker Betriebe klar ab.

Kritisch sehen wir weiterhin auch das Mercosur-Abkommen. Wenn zusätzliche Agrarimporte aus Südamerika auf unseren Markt kommen, die unter Bedingungen erzeugt wurden, die mit unseren Standards nicht vergleichbar sind, dann ist das kein fairer Wettbewerb. Wer hier immer strengere Auflagen erfüllt, darf nicht gleichzeitig gegen Importe antreten müssen, die zu ganz anderen Bedingungen produziert wurden.

Ein Thema, das vielen Betrieben und mir persönlich direkt unter den Nägeln brennt, ist der Umgang mit Wolf und Biber. Beim Wolf erleben wir mehr Risse, auch in unserer Region. Weidetierhalter stehen zunehmend vor der Frage, ob sie das überhaupt noch tragen können. Herdenschutz ist aufwendig, teuer und bietet trotzdem keinen vollständigen Schutz. Deshalb brauchen wir nicht nur Monitoring, sondern ein echtes regionales Bestandsmanagement und die Möglichkeit, Problemwölfe konsequent zu entnehmen. Entschädigungen müssen vollständig, schnell und unbürokratisch erfolgen.

Auch beim Biber sehen wir erhebliche Nutzungskonflikte: vernässte Flächen, beschädigte Wege, Rückstau in Gräben und Probleme in Entwässerungssystemen. Hier braucht es klare Zuständigkeiten, ausreichende Mittel und die Möglichkeit zum gezielten Management.

Sorgen machen uns außerdem Entwicklungen, die öffentlich oft zu wenig beachtet werden. Dazu gehören neue Züchtungstechnologien. Gerade mit Blick auf Trockenheit, Krankheiten und einen geringeren Pflanzenschutzmitteleinsatz brauchen wir hier mehr Offenheit. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie wettbewerbsfähig unsere Betriebe künftig noch sind, wenn das Pflanzenschutzrecht immer enger wird und die Auflagen weiter steigen.

Über all diesen Themen hängt nach wie vor die große Last der Bürokratie. Digitalisierung bedeutet heute oft nur: dieselbe Zettelwirtschaft am Bildschirm. Agrarantrag, Düngeverordnung, Naturschutz, Tierhaltung, Energie, Wasserrecht, alles greift ineinander, alles muss mehrfach dokumentiert werden. Und dann kommt noch eine Foto-App dazu, die in der Praxis oft mehr Arbeit macht, als sie erleichtert.

Deshalb fordern wir klare, einfache und verlässliche Regeln, die mindestens fünf Jahre Bestand haben. Wir brauchen das Once-only-Prinzip: Daten einmal erfassen und dann mehrfach nutzen. Alles andere kostet nur Zeit, Nerven und Geld.

Als Verband haben wir gezeigt, dass wir Wirkung entfalten können. Das Frühjahr 2024 hat das deutlich gemacht. Wir waren mit Schleppern und Bannern in Berlin, in Schwerin und hier in der Region präsent. Themen waren Agrardiesel, Kfz-Steuer, GAP, Düngeverordnung und überzogene Naturschutzauflagen. Diese Proteste haben gezeigt: Wenn wir als Berufsstand zusammenstehen, werden wir gehört.

Und ich sage auch ganz klar: Wenn es nötig ist, gehen wir wieder auf die Straße. Vor allem bei der GAP ab 2028 wird sich entscheiden, ob Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern auch künftig noch als produktiver Teil des ländlichen Raums gewollt ist.

Gleichzeitig setzen wir weiter auf das Gespräch. Wir sind in Runden mit Bundes- und Landtagsabgeordneten, mit Ministerien, Landkreisen und Wasser- und Bodenverbänden vertreten. Wir arbeiten in Fachausschüssen mit, nehmen an Anhörungen teil und verfassen Stellungnahmen. Und wir sind auch vor Ort präsent, bei Hoffesten, an Schulen, bei Gewässerschauen und im Gespräch mit der Öffentlichkeit. Denn wenn wir die Gesellschaft nicht mitnehmen, entscheiden am Ende andere über unsere Flächen, unser Wasser und unsere Tiere.

Unser Verband steht dabei solide da. Aktuell haben wir 107 Mitglieder, davon 81 ordentliche Mitglieder, 22 fördernde Mitglieder und 4 Ehrenmitglieder. In der Seniorengruppe sind derzeit 24 Mitglieder organisiert. Viele von euch engagieren sich zusätzlich in Räten, Verbänden, Gerichten oder anderen Gremien. Das gibt uns Gewicht.

In diesem Jahr kommt noch etwas Besonderes dazu: Unser Bauernverband feiert sein 35-jähriges Jubiläum. Darauf können wir mit Stolz schauen. Seit 35 Jahren steht unser Verband für die Interessen der Landwirtschaft in der Region, für Zusammenhalt und für eine klare Stimme gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Wir arbeiten derzeit daran, nach der Ernte eine passende Räumlichkeit für eine gemeinsame Jubiläumsveranstaltung zu finden. Sobald alles feststeht, informieren wir euch rechtzeitig.

Besonders bedanken möchte ich mich beim Vorstand. Der Vorstand ist seit zwei Jahren im Amt und arbeitet engagiert, sachlich und mit frischen Ideen. Das ist nicht selbstverständlich.

Erwähnen möchte ich auch, dass die Seniorengruppe um Dieter Ewald und Christian Heuer nun auch einige Senioren aus Altentreptow, teils noch aktive Landwirte, dazugewonnen haben. Sie konnten bereits an verschiedenen Veranstaltungen teilnehmen, unter anderem an einer Busreise nach Stettin, einer Besichtigung bei Conow Anhängerbau und an der Weihnachtsfeier. Gern können weitere Senioren diesen Weg mitgehen.

Für die nächsten Jahre bleibt entscheidend: Wenn rote Linien überschritten werden, bei der GAP ab 2028, bei der Wiederherstellungsverordnung, bei Düngeverordnung und roten Gebieten oder bei weiteren Kostensteigerungen, dann werden wir das nicht still hinnehmen.

Aber genauso klar ist: Demonstrieren allein reicht nicht. Wir brauchen weiter eure Rückmeldungen, eure Zahlen und eure Praxisbeispiele. Nur wenn wir konkret belegen können, wo Auflagen wirtschaftlich nicht mehr tragbar sind und wo Regelungen an der Praxis vorbeigehen, können wir politisch wirksam bleiben.

Zum Schluss möchte ich eines betonen: Kein Betrieb in unserer Region muss Einzelkämpfer sein. Der Druck wird eher größer als kleiner. Umso wichtiger ist der Zusammenhalt im Verband, nach innen und nach außen.

In diesem Jahr sind Landtagswahlen. Wir werden wieder viele Versprechen hören. Entscheidend ist für uns aber nicht, was angekündigt wird, sondern was am Ende tatsächlich für die Landwirtschaft getan wird.

Die entscheidende Frage lautet: Wollen wir zusehen, wie andere über unsere Flächen, unser Wasser, unsere Energie und unsere Märkte entscheiden, oder wollen wir unsere Zukunft als Berufsstand selbst mitbestimmen?

Ich bin überzeugt: Wenn wir zusammenstehen, unbequem bleiben und zugleich Lösungen auf den Tisch legen, dann haben unsere Betriebe in Mecklenburg Strelitz und in ganz Mecklenburg-Vorpommern auch nach 2028 eine Zukunft.